

## ROM e.V. Stellungnahme 2

### Thesen zur Zuwanderung von Roma aus Bulgarien und Rumänien

1. Zahlen. IM Friedrich macht mit falschen Zahlen von sog. Armutsmigranten (angebliche Steigerung von 64.000 (2007) auf fast 200.000 (2012) Stimmung gegen die Zuwanderer und suggeriert, dass dies vorwiegend Roma sein sollen. Aber:
  - a. Es gibt keine Erhebung nach ethnischen Kriterien; es wurden nur die nationale Herkunft erfasst .
  - b. 80% dieser Zuwanderer sind in D. erwerbstätig bzw. fast 70% gut oder sehr ausgebildet. (lt . Prof. Thomas K. Bauer). Es handelt sich also nicht zum großen Teil um eine Armutszuwanderung. Roma sind vermutlich in der Minderheit.

2. Ursachen der Migration:

Vor der Wende waren ca. 80 % der Roma ins Arbeitsleben integriert. Sie hatten auch eine bessere Ausbildung als heute. Als selbständige Handwerker oder als ungelernte ArbeiterInnen oft mehrere Personen aus einer Familie.

Ca. 15 % lebten am Rande des Existenzminimums. z.g. T auf den Lande in Subsistenz Wirtschaft.

(Garten, Kleinvieh) Es gab auch eine Roma-Mittelschicht, auch Lehrer, Journalisten, erfolgreiche Künstler und Sportler sowie ein kleine Gruppe sehr reicher Personen.

Nach der Wende setzte eine massive Verarmung ein: heute sind fast alle Roma arbeitslos

- Roma-ArbeiterInnen waren die ersten die entlassen wurden
- Trad Handwerke und trad. Dienstleistungen wurden verdrängt oder verschwanden
- Ausländische Investoren schlossen ganze Fabriken bzw. errichteten neue Produktionsstätten mit neuem Personal, wobei Romabewerber meist übergegangen wurden.
- Abbau kommunaler Infrastruktur z.B. Verkehrsanbindung. dh schwieriges Erreichen von Schulen und Arbeitsplätzen
- massive Ablehnung der Roma durch die größere Teile der Bevölkerung (Rechtsradikale Org, Abgeordnete und Medien) verhindern Einstellungen
- Hilfsprojekte von EU oder privat sind meist entweder wg. schlechter Planung an den Bedürfnissen vorbei) oder durch Korruption gescheitert.

(Quelle u.a.: Norbert Mappes. Niediek, Arme Roma, böse Zigeuner)

3. Welche Roma wandern zu?

- ähnlich wie bei Türken früher: Leute die Verwandte, Freunde hier haben.
- völlig verarmte Menschen, die ihre oft kranken Kinder nicht mehr ernähren können und keine med. Versorgung haben. Abschreckungsmethoden deutscher Behörden durch Verweigerung staatlicher Leistungen greift nicht, weil auch miese Lebensbedingungen hier (marode Wohnungen, Tagelöhnerausbeutung,

Prostitution..) immer noch eher ein Überleben garantieren als in Rumänien und Bulgarien.

- aufstiegsbewusste Gruppen wie Anhänger der Evangelikalen
- Bei bulgarischen Roma ist insbesondere ein großes Interesse an der Schulbildung ihrer Kinder zu beobachten bzw. bei solche, die vorher in Bauberufen etc. tätig waren.

#### 4. Notwendige Maßnahmen in NRW:

- strenge Kontrolle und Bestrafung von Wuchervermietern und Ausbeuter von Arbeitern, Unterbindung von Hungerlöhnen/Mindestlohn auch für Tagelöhner
- Schulpflicht für alle Kinder durchsetzen, Unterstützung aufnehmender Schulen
- Verhinderung der Abschiebung von Romakindern auf Förderschulen
- Bereitstellung von Plätzen in der Berufsförderung
- Einrichtung von kommunalen Koordinationsgremien aus allen betroffenen Ämtern (Kinder, Jugend, Schulen etc.) zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Bildung, wie es der Menschenrechtskommissar der UNO Vernor Munoz schon 2007 in Köln forderte..
- Finanzierung von Beratungsstellen, die über Berater aus der Minderheit verfügen (Sprache, Kenntnis der Sitten....)
- Deutschkurse
- Hilfen bei der Eingliederung ins Erwerbsleben u.a. Buchführung etc. für Selbständige

#### 5. Wie kann man Ressentiments der Bevölkerung gegen Roma abbauen?

- Willkommenskultur durch kommunale, kirchliche, zivilgesellschaftliche Gruppen - dazu gehört vor allem das klare Bekenntnis dazu, dass es das Recht jedes Mitgliedes der EU ist, zu reisen und sich niederzulassen, wo immer er will. Parteien und Landesregierung haben also zu erklären, dass der Beitritt Rumäniens und Bulgariens von Ihnen gewollt war, dass die Freizügigkeit ein Menschenrecht ist und dass die deutsche Wirtschaft von Zuwanderung, insbesondere vom massiven Braindrain aus diesen Ländern auch profitiert
- Maßnahmen wie unter 4.
- keine ethnischen Wohnghettos mehr
- Förderung der Selbstorganisation durch Anschluss der Menschen an bestehende Roma- Organisation in oder solche in denen Roma mitarbeiten. Möglichkeit für Zuwanderer ihre Interessen politisch zu vertreten; Mitarbeit in Initiativen, Parteien, Kirchen, in Stadtteilgremien, „Ausländerbeiräte/Integrationsräte“
- Förderung von Roma-Kulturzentren, Pflege der Sprache, Tradition, Literatur, Kunst, Musik Organisation von Nachbarschaftsfeste.
- Erinnerung daran, dass in ganz Europa, auch in Rumänien und Bulgarien Tausende von Roma dem Holocaust zum Opfer fielen.
- Parteien und Landesregierung müssen energisch der Demagogie bestimmter Politiker und Medien entgegentreten, die die Zuwanderung als illegitim, als Flut, als Störung der sozialen Balance, als Ausnutzung unserer Sozialsysteme, als `Belastung´ für die

Städte und die Bevölkerung hinstellen. Sie haben insbesondere die rassistischen Untertöne zu verurteilen, die vor allem gegen Roma gerichtet sind.

Vorstand des ROM e.V. Köln

2.Mai 2013 .